

»UND DANN BIST DU EIN DRECKSLIBERALER«

INTERVIEW MIT
LIDIA NADORI

Lidia Nadori, eine ehemalige regierungskritische Aktivistin, berichtet darüber, wie die Regierung unliebsame Personen und Initiativen zum Schweigen bringt und wie es sich als U-Boot lebt.

Was war der Auslöser für Ihr Engagement?

Ich wurde 2010 politisch aktiv, als die Regierung Orbán damit begann, das Bildungssystem umzubauen. Allerdings taten sie das ohne einen zivilgesellschaftlichen Diskurs. Sie haben sogenannte Scheinzivilgesellschaften installiert, die mit dem neuen Gesetz angeblich einverstanden waren.

Wie sah Ihr Engagement dann aus?

Ich habe gemeinsam mit einer Kollegin versucht, ein Netzwerk für Eltern aufzubauen. In Ungarn gibt es so etwas nicht. Wir Eltern, ich bin selbst Mutter zweier Söhne, haben keine Mitsprache bei schulischen Angelegenheiten. Das Bildungssystem war davor schon sehr konservativ und das neue Gesetz sollte die Bürokratie und die staatliche Kontrolle noch weiter ausbauen.

In Ungarn gibt es keine Elternvereinigung?

Es gibt eine kleine zivile Elterngemeinschaft, aber die beschäftigt sich nicht mit essentiellen Fragen, sondern mit belanglosen Themen wie: Dürfen Lehrer ein Klassengeld einsammeln. Noch dazu ist

diese Gemeinschaft kein richtiges Netzwerk. Sie halten keine Kommunikation mit den Eltern. Als das Gesetz kommen sollte, kam keine Forderung ihrerseits, dass die Elternseite bei dem Gesetzesentwurf miteinbezogen werden sollte.

Wie war es, von Null auf ein solches Netzwerk aufzubauen?

In Ungarn ist so etwas schwierig, weil die Bevölkerung mittlerweile eine so ablehnende Haltung gegenüber der Politik und allem, was mit Politik zu tun hat, einnimmt. Weiters sind Eltern keine eigentliche Gesellschaftsschicht, keine genau definierte Kategorie, weil jede und jeder kann ein Kind haben. Die Gruppe ist also völlig heterogen. Wir haben dann begonnen, breiter zu denken und uns einem anderen Netzwerk, dem sogenannten Netzwerk für Bildungsfreiheit, angeschlossen, in dem nicht nur die Eltern, sondern auch Schüler und Studenten, Lehrer, Psychologen und Kinderpsychologen gearbeitet haben. Bald aber, wir haben alles basisdemokratisch entschieden, wurde es mühsam, wir konnten uns immer seltener einig werden. Dabei spielten auch technische Fragen, nicht nur rein inhaltliche Unterschiede, eine Rolle.



FOTO: ZSÓFI RICK

»Bürgerbewegungen sind von Regierungsseite ständig Kritik ausgesetzt.«

Sie meinen also, dass das auch anderen Initiativen so ergeht?

Ja, der Punkt kommt immer unausweichlich, an dem man als zivile Bewegung auf die Politik stößt und sich entscheiden muss: Wollen wir mit den Parteien zusammenarbeiten oder nicht. Viele sind Politikern gegenüber extrem misstrauisch und wollen sich nicht verkaufen. Die andere Seite der Bewegung sagt aber, es muss sein, wir müssen unsere Familie ernähren, wir haben nicht



2012

Orbán beschließt das Verbot von Wahlwerbung im privaten Fernsehen

2012

neues Gesetz in der Verfassung schwächt Befugnisse des Verfassungsgerichts: der Oberste Gerichtshof kann Gesetze nur mehr formal prüfen, nicht aber inhaltlich

2012

Orbán stellt Obdachlosigkeit unter Strafe

2012

neue Bildungspolitik besagt, dass StudentInnen, die ein staatlich finanziertes Studium absolvieren, nach Abschluss mindestens die doppelte Dauer ihrer Studienzeit in Ungarn arbeiten müssen

2013

Orbán bezeichnet Türkei als »funktionierende Demokratie« und ist für EU-Beitritt der Türkei

unendlich Zeit und außerdem brauchen wir die Infrastrukturen der Politik, damit etwas weiter geht.

Haben Sie das eigentlich hauptberuflich oder ehrenamtlich gemacht?
Ich habe nie Geld dafür bekommen. Das würde nicht gehen. Das ist nämlich wieder ein heikles Thema. Bürgerbewegungen sind von Regierungsseite ständig Kritik ausgesetzt. Die sagen, dass wir gar keine Zivilen sind, sondern sogenannte Schein-Zivile, und gesteuert werden von irgendeiner »Macht«. Hinzu kommt, dass immer unterschwellig ein Hauch von Antisemitismus mitschwingt. Wer sich engagiert, wird von Soros*-Geldern finanziert.

Das wird von der regierungsfreundlichen Presse gern so hingestellt, und wenn nicht Soros-finanziert, dann eben von Norwegen oder einem anderen Land.

Die Regierung also diskreditiert Bürgerbewegungen der eigenen Bevölkerung?
Ja, das tun sie durch die Medien. Und in den Köpfen nisten sich diese Urteile ganz schön ein. Natürlich wird das dann auch immer über die Regierungsmedien noch extra hochgespielt, so lange geschrieben, bis »etwas« passiert.

Was meinen Sie mit »etwas«? Haben Sie echte Repression erfahren?
Nein, aber ich habe ja auch schon vor fünf Jahren aufgehört, aktiv zu sein.

»Es wird versucht, den Bewegungen und den Menschen ihre finanzielle Grundlage zu zerstören und das teils mit beängstigenden Mitteln.«

Die, die dabei geblieben sind, die werden jetzt nicht an die Wand gestellt, aber ich weiß von sehr genauen Finanzprüfungen. Es wird versucht, den Bewegungen und den Menschen ihre finanzielle Grundlage zu zerstören und das teils mit beängstigenden Mitteln. Bei einer linken Pro-Umwelt-Stiftung wurde z.B. die Steuernummer aufgehoben und dadurch der ganze Betrieb lahmgelegt. Da sind Uniformierte in die Büros gekommen und haben eine leitende Angestellte sogar mitgenommen. Ihnen wurde der Missbrauch von Geldern vorgeworfen, das stand auch so in den Zeitungen. Da agieren dann Medien und Regierung immer schön orchestriert. Im Nachhinein waren alle Vorwürfe falsch, aber wenn so etwas einmal an dir klebt, bleibt auch etwas davon zurück. Die Regierung will die Menschen wissen lassen: Egal, wer du bist und was du kritisierst, wir werden irgendetwas gegen dich finden oder erfinden.

Sie sprechen von der Regierung. Die ungarische Regierung agiert so und alle wissen das?
Nicht direkt. Sie haben einen Mann dafür, der sich in Sachen Öffentlichkeit auskennt und die Medien professionell manipulieren kann: Árpád Habony. Offiziell hat er keine Funktion in der Regierung. In Wahrheit aber ist er DER Berater in Sachen Medien. Der innerste Zirkel der

Orbán-Leute kennt sich seit dem Jura-studium in den 1980ern. Der um einige Jahre jüngere Habony war Mitte der Nullerjahre dann auf einmal da und stieg rasch auf. Heute ist er so etwas wie Göbbels, nur halt nicht offiziell.

Ein Beispiel, was alles möglich ist: István Nyakó, ein linker Politiker, wollte ein Referendum über die Sonntagsöffnung einreichen. Die Regierung bekam Wind davon und als er beim zuständigen Amt den Antrag einbringen wollte, standen da 15 bis 20 Bullytypen, so richtig auftrainiert, mit Glatzen, martialisch sahen die aus, und hinderten ihn daran. Nicht physisch, das brauchten sie gar nicht. Diese Bullies gehörten zu einem Fußballverein, dessen Besitzer sehr regierungsnah ist. So konnte eine Strohfrau ihren Antrag, der ein Gegenantrag war, zuerst einreichen. Und in Ungarn ist es Gesetz, dass der erste Vorschlag zuerst drankommt.

Wissen das die Ungarn?
Nein, denn trotz Internet erreichen die Medien, die durch die Regierung gesteuert werden, an die 75 Prozent der Bevölkerung. Die Menschen informieren sich nicht anders und glauben alles, was irgendein Regierungssprecher über irgendwelche »Feinde« sagt. Das ist übrigens kein Stadt-Land-Dilemma. Das ist in Budapest nicht anders. Da können Botschaften leicht einsickern, so wie die Rhetorik gegen Flüchtlinge. Man darf nicht vergessen, es gibt in Ungarn kaum Flüchtlinge, das ist ein Phantom.

Wo informieren Sie sich?
Es ist schwierig, sich nicht durch die Einheitsmedien zu informieren, weil unabhängige Quellen immer seltener werden. Ich lese das Hungarian Spectrum, index.hu, 444.hu und atlaszlo.hu, wobei letzteres eigentlich kein Nachrichtenportal ist, sondern sich um Korruption

kümmert, wie ein Watchdog. Sie werden von der Soros-Stiftung unterstützt, das ist aber auch öffentlich einsehbar und kein Geheimnis. Ich selbst spende jedes Monat einen kleinen Beitrag.

Warum haben Sie aufgehört, sich zu engagieren?
Ich bin freiberufliche Übersetzerin und eine Zeit lang konnte ich bei den Verlagen Aufschübe erwirken, aber ich muss meine Familie ernähren.

Gab es einen speziellen Moment, ein Erlebnis?
Nein, es gab keinen Schockmoment per se. Es war ein sich mehr und mehr aufbauendes Gefühl von Zermürbung. Es ist mir aber auch wichtig zu sagen, dass es keinen Druck auf mich gab, ich habe mich nicht bedroht gefühlt und ich war nie in Gefahr.

Wie ist das Bild, dass in Ungarn von Österreich gezeichnet wird? Wir haben da im Zuge unserer Rechercheise einige überraschende Vorurteile gehört, wie etwa, dass wir Österreicher sagen würden, dass alle Ungarn stehlen.
Nein, davon weiß ich nichts. Es ist aber sicherlich kein einheitliches Bild, dass die Ungarn haben. Österreich ist, um ehrlich zu sein, den Ungarn ziemlich egal. Nicht einmal eure Präsidentschaftswahl wurde groß thematisiert. Den normalen Ungarn interessiert nur, ob er einen Job als Kellner in Österreich bekommt. Da ist Trump schon interessanter und da ist spannend, dass in

»Wer Trump nicht mag, der mag Hillary und dann bist du ein Drecksliberaler.«

Ungarn gesagt wird: Wer Trump nicht mag, der mag Hillary und dann bist du ein Drecksliberaler. Auch die EU wird immer heftiger und derber kritisiert. Orbán selbst lässt immer wieder so Sätze fallen: »Die EU oder Brüssel will, dass wir dieses oder jenes machen. Aber sicher nicht!«. Diese Rebellenhaltung, das mögen die Menschen. Das Geld von der EU nehmen wir übrigens schon gern, aber auf die Richtlinien pfeifen wir.

Wird Orbán als guter Politiker wahrgenommen?
Sicher von vielen. Ich finde, er ist ein geschickter Politiker. Die Flüchtlingswelle war ideal für ihn und er hat sie auch ideal genutzt. Einerseits konnte er so von der Korruption und den vielen Krediten, von denen Ungarn immer mehr und mehr braucht, ablenken und andererseits sich als konsequenter, erzkonservativer Macher aufspielen. Er konnte sagen, dass Ungarn seine Pflichten als EU-Mitglied erfüllt, wir bewachen die Schengen-Grenze. Ihr, die EU und Deutschland, ihr habt uns im Stich gelassen. Wir haben eure christlich-europäischen Werte beschützt.

Wie leben Sie mit deiner Einstellung in Ungarn?
Ich habe fast 1.000 Kontakte auf Facebook, die fast ausschließlich so denken wie ich. Ich sage immer, ich lebe unter einer Haube. Es ist immer schockierend Mitbürgern zu begegnen, die fremdenfeindlich sind. Meine Freundin, sie wohnt in der Wohnung unter mir, ist letztes im Lift mit einer anderen, älteren Nachbarin gefahren. Zwanzig Sekunden dauerte das vielleicht. Das einzige, was die ältere Dame gesagt hat, war, dass es nur zwei Dinge gibt, an denen man sterben kann: minus 20 Grad und Migranten. Solche Sprüche sind überall in der Luft.

Wie sehen Sie die Zukunft?
Ich bin überhaupt nicht optimistisch, im Gegenteil. Mein Eindruck ist, dass wir noch ein paar Jahre haben, zwei vielleicht, bis zur Wahl 2018, den Trend zu stoppen. Wenn sich bei der Wahl 2018 nichts ändert, dann marschieren wir auf einen Bürgerkrieg zu. Ich sehe zwar keine kritische Masse, aber viele Menschen

»Wenn sich bei der Wahl 2018 nichts ändert, dann marschieren wir auf einen Bürgerkrieg zu.«

werden sehr enttäuscht sein, sie sind es ja jetzt schon. Enttäuscht von der Regierung, von ihren Chancen. Das sind gut ausgebildete, motivierte junge Menschen, die keine Zukunft in diesem Staat sehen. Ich bin gegen Gewalt, verstehe aber, warum manche Menschen gewalttätig werden könnten. Vielleicht weil sie Angst haben, Angst, dass sie selbst zu Opfern werden könnten. Nicht von der Regierung, aber von der Stimmung, die durch die Regierung geschürt wird. ♦

Lídia Nádori, freiberufliche Übersetzerin und ehemalige Bürgerrechtsaktivistin des Netzwerks für Bildungsfreiheit, 44 Jahre, Budapest



62

neues Tabakgesetz: nur mehr genehmigte Personen dürfen Zigaretten verkaufen, die meisten sind Anhänger der Fidesz. Gegenstimmen erheben Korruptionsvorwurf

2013

Orbán bezeichnet China, Russland und Türkei als Vorbilder

2014

Orbán kündigt an, »liberalen Staat auf nationaler Grundlage« zu errichten

2014

US-Regierung setzt sechs Mitarbeiter der ungarischen Regierung wegen Korruption kürzt er auf 199; auch die Wahlkreise werden reduziert

2014

Orbán ändert das Wahlgesetz. Von 386 Parlamentssitzen kürzt er auf 199; auch die Wahlkreise werden reduziert

April 2014

Parlamentswahlen: die Fidesz/KDNP-Regierungskoalition bekommt 44,11% der Stimmen und schafft eine 2/3 Mehrheit der Plätze im Parlament. Jobbik-Partei ist zweitstärkste Partei bei Kommunalwahlen

stadtform

63